



BRD Staatsausgaben 2022–2026

Eine Analyse der Bundeshaushaltsprioritäten – wo Deutschland investiert, wo es spart und welche strukturellen Widersprüche sichtbar werden.

QUELLE: BUNDESFINANZMINISTERIUM, BMF-HAUSHALTSDATEN 2024–2026

Bundeshaushalt im Überblick

496,5 Mrd

Budget 2022

Ausgangsbasis des Bundeshaushalts

510 Mrd

Budget 2026

Gesamtvolumen in Euro

+100%

Rüstungsanstieg

Von 50 auf 100 Mrd € verdoppelt

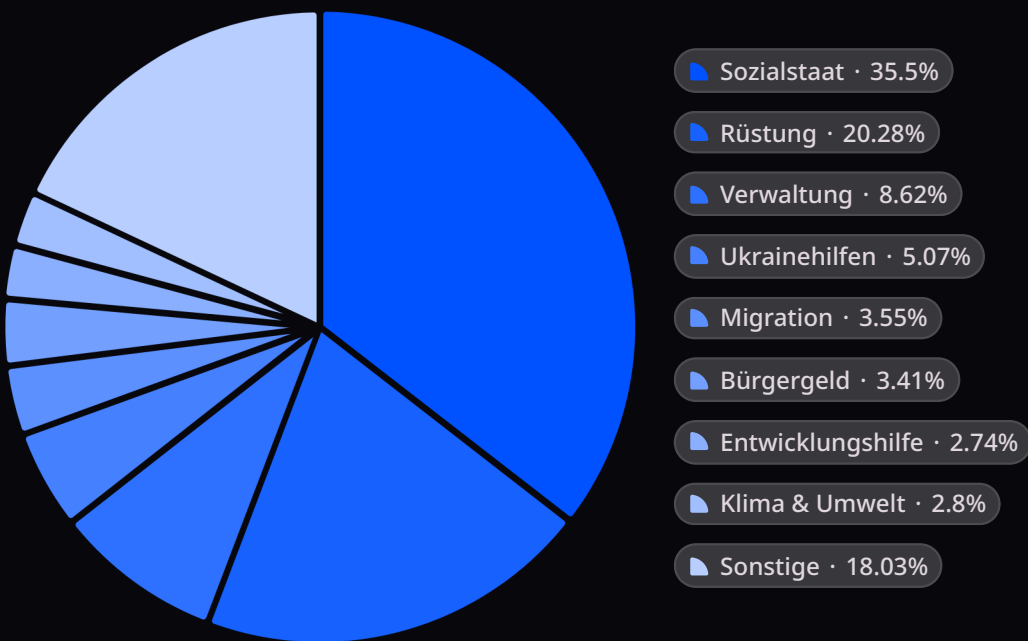
+169%

Migrationskosten

Stärkster prozentualer Anstieg

 Das Klimabudget bleibt mit 13,8 Mrd € deutlich unter dem Niveau, das für die Erreichung der Pariser Klimaziele erforderlich wäre.

Top 10 Ausgabenkategorien 2026



Budgetverteilung auf einen Blick

Der Sozialstaat dominiert mit 34 % das Gesamtbudget. Rüstung steigt auf 20 % – und ist damit die zweitgrößte Einzelposition. Klimaschutz fällt mit 2,7 % kaum ins Gewicht.

Sozialstaat

175 Mrd € — 34 %

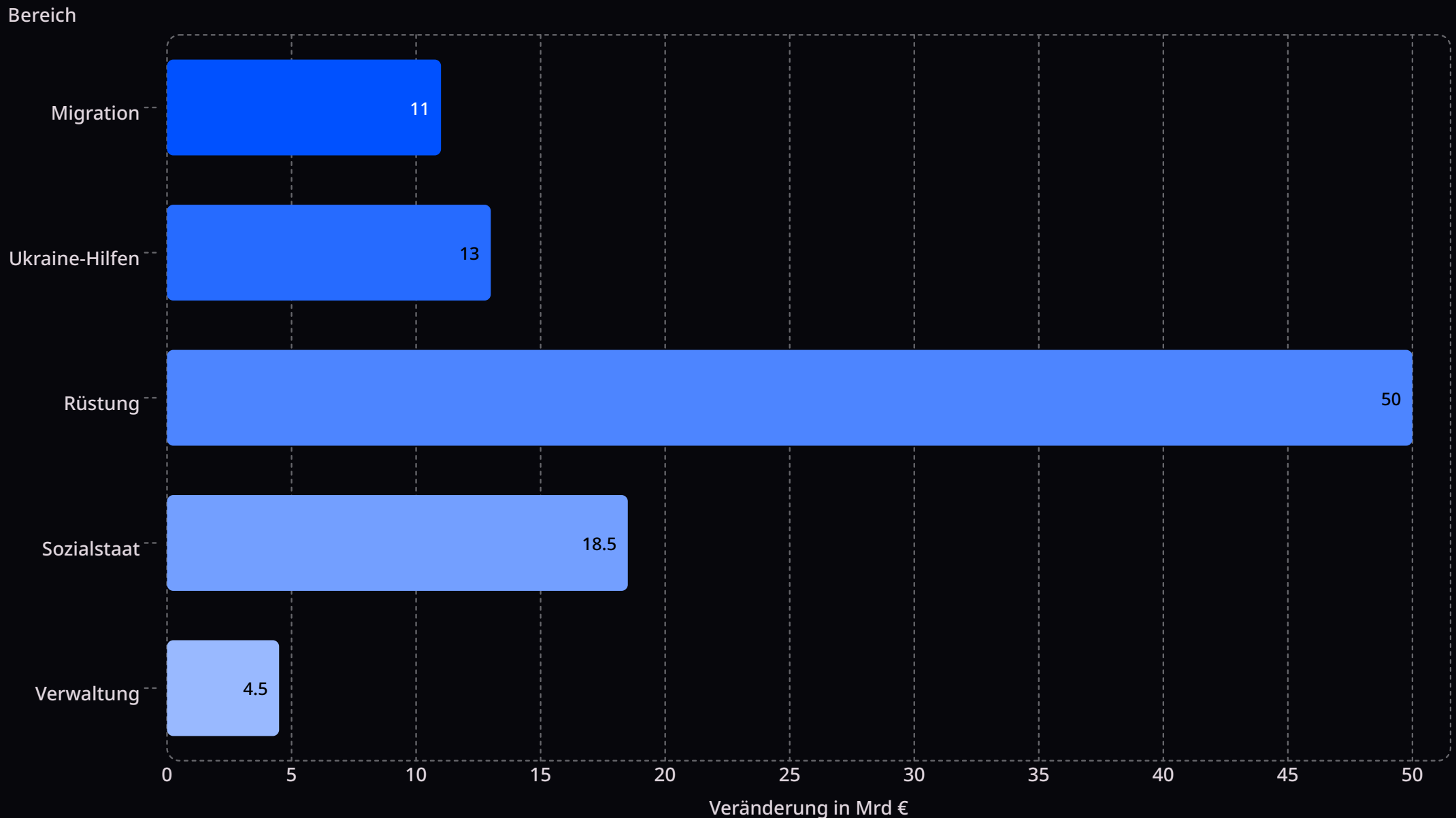
Rüstung

100 Mrd € — 20 %

Klima & Umwelt

13,8 Mrd € — 2,7 %

Die größten Ausgabenschübe seit 2022



Rüstung verzeichnet mit +50 Mrd € den absolut größten Anstieg – getrieben durch den Ukraine-Krieg und das NATO-2%-Ziel. Migration wächst prozentual am stärksten (+169 %) durch die anhaltende Flüchtlingskrise und steigende Unterbringungskosten.



Widerspruch #1 — Rüstung vs. Klima

Rüstung 2026

100 Mrd € — 20 % des
Budgets

Klima 2026

13,8 Mrd € — 2,7 % des
Budgets

Verhältnis: 7 zu 1

Das Rüstungsbudget ist siebenmal höher als das Klimabudget. Dies spiegelt eine klare Priorisierung kurzfristiger militärischer Sicherheit gegenüber langfristiger ökologischer Resilienz wider.

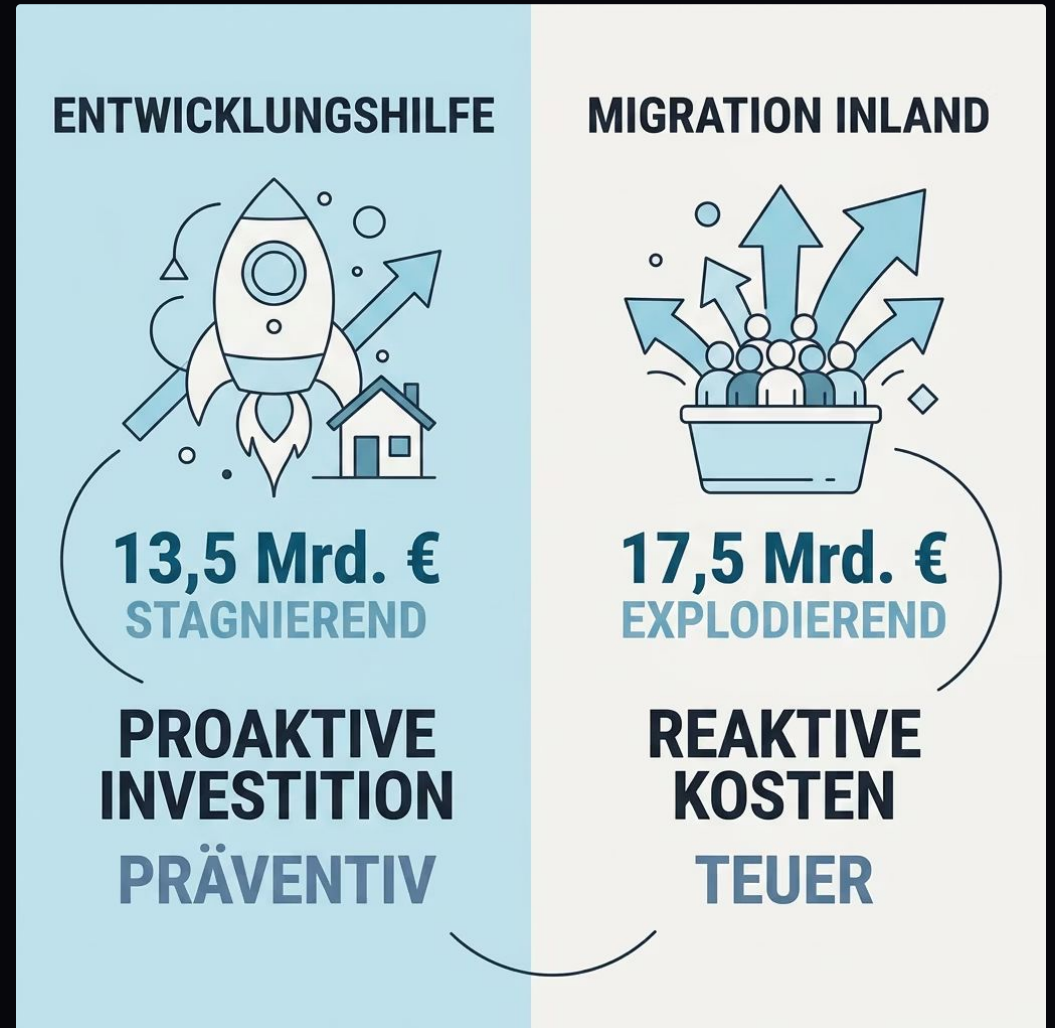
- Militärische Sicherheit:
Priorität #1
- Klimaschutz: **Priorität #5**

Widerspruch #2 — Entwicklung vs. Migration

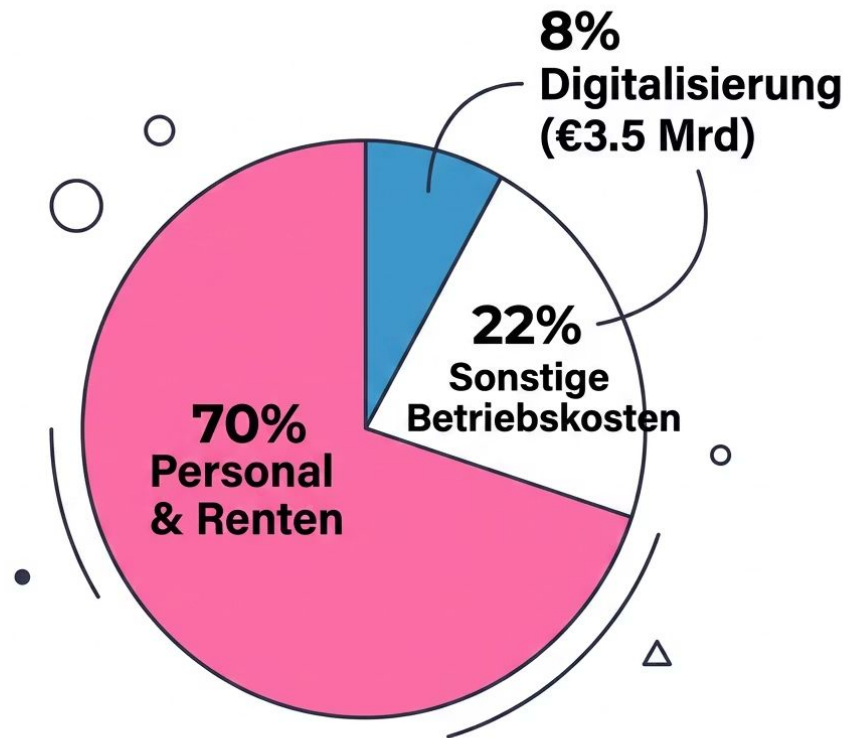
Reaktiv statt präventiv

Deutschland gibt mehr für die Bewältigung von Migration aus, als es in deren Ursachenbekämpfung investiert. Die Entwicklungshilfe stagniert – trotz nachgewiesenem Effekt auf Migrationsdruck.

- Migration Inland: **17,5 Mrd €** (explodierend)
- Entwicklungshilfe: **13,5 Mrd €** (stagnierend)
- UN-Ziel: 0,7 % BNE – BRD tatsächlich: **0,35 % BNE**



Widerspruch #3 — Verwaltung vs. Digitalisierung



**Zeigt geringe Investitionen
in Innovation.**

42,5 Mrd € ohne Strukturreform

Von 42,5 Mrd € Verwaltungsbudget fließen 70 % in Gehälter und Pensionen. Nur 3,5 Mrd € (8 %) entfallen auf Digitalisierung – bei 2,3 Millionen unveränderten Beamtenstellen. Eine strukturelle Verwaltungsreform ist nicht erkennbar.

⚠ Effizienzgewinne durch Digitalisierung bleiben minimal – das Potenzial wird nicht ausgeschöpft.

RETTEN SICH & AN DER PENSION FINANZIEREN



Sozialstaat im Detail

Mit 175 Mrd € und einem Anteil von 34 % ist der Sozialstaat der größte Einzelposten im Bundeshaushalt – und wächst um rund 5 % pro Jahr.

Renten

88 Mrd €

50 % der Sozialausgaben

Gesundheit

48 Mrd €

27 % der Sozialausgaben

Pflege

23 Mrd €

13 % der Sozialausgaben

Arbeitslosigkeit

16 Mrd €

9 % der Sozialausgaben

Gewinner & Verlierer 2022–2026

Starke Gewinner

Rüstung

+100 % — NATO-Ziel,
Ukraine-Krieg

Migration

+169 % —
Flüchtlingskrise,
Unterbringung

Ukraine-Hilfen

+108 % — Militär &
Wiederaufbau

Bürgergeld

+65 % — Soziale
Absicherung

Relative Verlierer

Entwicklungshilfe

+2 % — Stagnation trotz UN-Zielen

Klima & Umwelt

+62 % nominal – aber Paris-Ziele verfehlt

Digitalisierung

Nur 8 % des Verwaltungsbudgets

An aerial photograph of a winding asphalt road that snakes through a hilly, sparsely vegetated landscape under a cloudy sky. The road starts from the bottom center and branches out into several loops and turns as it moves towards the horizon.

Fazit: Feuerwehr-Politik statt Zukunftspolitik

Die BRD 2026 finanziert, was unmittelbar brennt – aber nicht, was langfristig sichert.

Ist das Rüstungsbudget (100 Mrd €) angemessen?

NATO-Verpflichtungen rechtfertigen den Anstieg – aber die Balance mit Prävention fehlt.

Reicht das Klimabudget (13,8 Mrd €) für Paris?

Experten sind sich einig: Nein. Der Rückstand ist strukturell, nicht zufällig.

Reaktiv statt präventiv – ein Systemfehler?

Mehr für Migrationskosten als für Entwicklungshilfe signalisiert politisches Kurzzeitdenken.